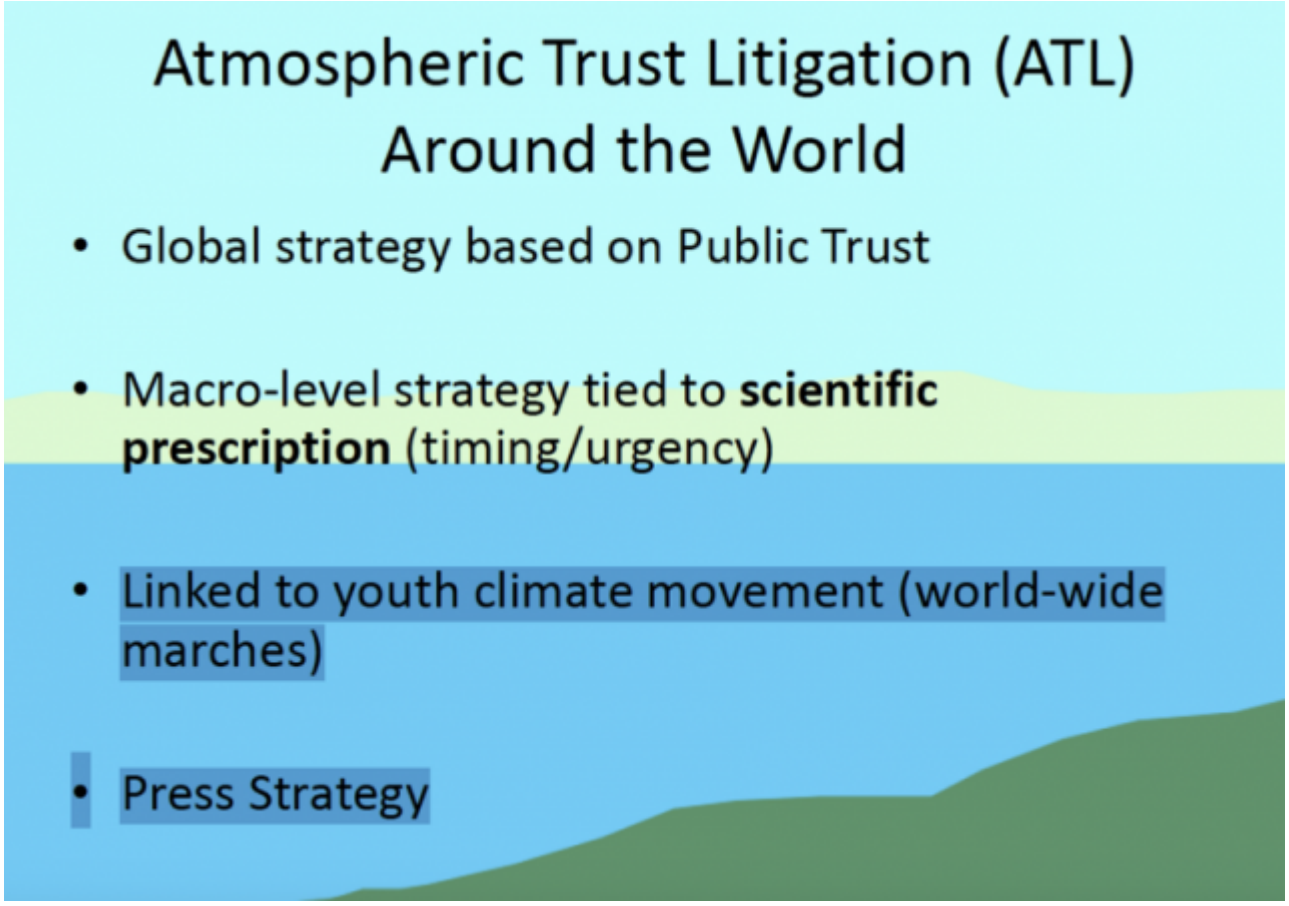
Neue Dokumente enthüllen: Kinder-Protestzüge sind eine lange geplante Komponente der Kampagne für Klimaschutz-Maßnahmen

geschrieben von Chris Frey | 19. März 2019



Aus diesen jüngst aufgetauchten Dokumenten geht hervor, dass die jüngste Welle privater „Klimaschutz"-Anwälte sowie Ermittlungen von General-Staatsanwälten (AGs) nicht nur ein vor sieben Jahren hinter verschlossenen Türen ausgehandeltes Ergebnis eines infamen Treffens in La Jolla, Kalifornien, war. Es stellt sich heraus, dass die Teilnehmer daran *sehr* früh schon das wilde Straßentheater von Kinderprotesten und Schulstreiks im Sinn hatten, welches sich jetzt manifestiert hat, letzte Woche auch in den USA.

Der Grund? Diese Demonstrationen sind eine lange geplante Komponente der Kampagne der Klima-Industrie für Maßnahmen, einschließlich Juliana vs. USA, das „Klimakinder"-Gerichtsverfahren, welches ein radikales Beispiel ist für den extremen Klima-Aktivismus, der jetzt die Gerichtshöfe überschwemmt.

Dieses Treffen in La Jolla, organisiert von einer Koalition der Rockefeller-Stiftung und anderen Gruppen, erstellte einen Plan für das, was jetzt eine „Rechtsstreit"-Industrie ist, deren Zweck es war, eine Plattform in der Größenordnung von Hunderten Milliarden Dollar zu bekommen von Energie-Interessen. Auch wurde dabei das entworfen, was jetzt unter der Bezeichnung *Green New Deal* bekannt ist – per Gerichts-Anordnung. Bestandteil des Planes war Ruf nach Hilfe von Aktivisten-Anwälten: „Generalstaatsanwälte können auch Dokumente anfordern, was die Möglichkeit zunehmen lässt, dass ein einziger sympathisierender Staatsanwalt substantiell Erfolg haben könnte, grundlegende internationale Dokumente" für die Agenda der Prozessführung dieser Gruppen zu präsentieren.

Hier kommt *Juliana* ins Spiel, ein Prozess vor einem [US-]Bundesgericht in der Stadt Eugene in Oregon. Man trachtete nach einer gerichtlichen Verfügung, die Klima-Agenda umzusetzen und dass diese Agenda Gegenstand einer positiven Berichterstattung bei CBS News ist. Die Agenda ist durch den demokratischen Prozess marginalisiert worden. Jener demokratische Prozess verkörpert die und wird gleichzeitig geschützt durch die Gewaltenteilung, welche *Juliana* beiseite zu wischen gedenkt.

Aufzeichnungen eines der Teilnehmer in La Jolla, nämlich eines Juraprofessors an der University of Oregon (in Eugene) zeigen, dass nach der Implosion von *„cap-and-trade*" die Klima-Alarmisten beklagten, wie „konventionelles Vorgehen" ihrerseits gescheitert ist. Angesichts des Umstands, dass ihre gewählten Repräsentanten die Aktivisten wiederholt enttäuschten, selbst angesichts der Kampagnen der Klima-Industrie in Medien und Interessengruppen im Wert von über 1 Milliarde Dollar pro Jahr (hier), entwarfen die Anwälte andere Pläne. Zu diesen Plänen gehörte, Kinder in Wellen auf die Straße zu schicken.

Die gesamte Strategie der zivilen und gerichtlichen Vorgänge, die wir erleben, über Gerichtsverfahren bis zu Umzügen und Streiks von Schulkindern, wurde auf diesem privaten Treffen vor sieben Jahren ausgearbeitet. [Hervorhebung vom Übersetzer].

Diese öffentlichen Unterlagen, bekannt geworden schon wenige Tage nach einem vorbereitenden Segment in dem Fernsehmagazin *60 Minutes* [vergleichbar mit Sendungen wie „Report" usw. bei uns, Anm. d. Übers.] und mehrere Tage vor den landesweiten Kinder-Klimaumzügen, bestätigen:

● Die Kampagne pro Klima-Gerichtsverfahren war ausschließlich eine Folge dieses Scheiterns „konventionellen Vorgehens", anderswo bekannt als unser Verfassungssystem,

● sie sollte „verknüpft werden mit der Jugend-Klimabewegung (weltweite Umzüge)",

● sie sollte begleitet werden von einer Presse-Strategie einschließlich von Dokumentationen, in welchen Kinder vorgestellt werden.

● Das Treffen wurde eingeräumt, aber die dabei entwickelte Strategie „sollte nicht publiziert werden“.

● Die Strategie trachtete sowohl nach einer kooperierenden [US-]Bundesregierung („zustimmende Dekrete wären ideal“) als auch danach, „gewählte Kohlenstoff-Bürgermeister an den Tisch zu bringen – und dann?“

Dieses „und dann?“ stellte sich als Forderungen von Städten heraus, „Schäden“ im Wert von vielen hundert Milliarden Dollar auf dem Weg der Klage geltend zu machen – von den Gerichten regelmäßig verworfen – und als Forderungen, die darauf abzielten, bankrotten Kampagnen aus der Patsche zu helfen (hier) und für deren gewünschtes Vorgehen zu zahlen. Das bedeutete, wie in der Causa *Juliane*, eine Forderung, dass die Gerichte der Regierung entsprechende Maßnahmen auferlegen sollten – mittels Bewilligungs-Dekreten, wenn das Wahlergebnis stimmt! – oder mittels etwas Gefährlichem, wenn nicht Absurdem, unter Bezeichnung *Green New Deal*.

„Und dann?“ bedeutet also eine Klima-Prozessführungs-Industrie mit dem Ziel eines *shakedowns* [?]. Und es bedeutet, dass viele erschrockene, indoktrinierte Kinder als Erfüllungsgehilfen dienen in politischen und gerichtlichen Kampagnen.

Der ganze Beitrag steht hier.

Link:
https://www.thegwpf.com/new-records-expose-childrens-marches-as-long-planned-component-of-climate-litigation-campaign/

Übersetzt von Chris Frey EIKE